

Vorlage		Vorlage-Nr:	BA 0/0017/WP18
Federführende Dienststelle: Bezirksvertretung Aachen-Mitte/Geschäftsstelle		Status:	öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		AZ:	
		Datum:	15.03.2021
		Verfasser:	
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vom 14.04.2021 (öffentlicher Teil)			
Ziele:			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
05.05.2021	Bezirksvertretung Aachen-Mitte	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 14.04.2021 (öffentlicher Teil).

Anlage/n:

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vom 14.04.2021 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-
Mitte

28. April 2021

Sitzungstermin:	Mittwoch, 14.04.2021
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:05 Uhr
Ort, Raum:	Konferenzraum 1, EUROGRESS AACHEN, Monheimsallee 48, 52062 Aachen

Anwesende:

Ratsherr Achim Ferrari

Frau Marianne Conradt

Frau Marlies Diepelt

Herr Patrick Deloie

Herr Dimitri Gabriel

Frau Snjezana Haass

Herr David Hasse

Herr Olaf Jacobs

Ratsherr Klaus-Dieter Jacoby

B 0/06/WP18

Ausdruck vom: 28.04.2021

Seite: 1/27

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vom 03.02.2021 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: BA 0/0013/WP18

- 3 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vom 03.03.2021 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: BA 0/0015/WP18

- 4 **Fragestunde für Einwohner*innen**

- 5 **Altstadtquartier Büchel – Entscheidung über das der weiteren Erarbeitung der Rahmenplanung zugrundeliegende städtebauliche Konzept und das weitere Vorgehen**
Vorlage: Dez III/0003/WP18

- 6 **Zwölf neue Baumstandorte in der Augusta-, Alfons- und Luisenstraße**
Vorlage: FB 36/0026/WP18

- 7 **B 264 Lütticher Straße - 2. Bauabschnitt zwischen Limburger Straße und Amsterdamer Ring;**
hier: Bericht über die Ergebnisse des Bürger*innendialogs
Vorlage: FB 61/0086/WP18

- 8 **Voruntersuchung zur Ertüchtigung des Grabenrings zum Radverteillerring**
hier: Ratsantrag der Fraktionen Grüne, SPD, Die Linke und Die Zukunft vom 09.12.2020
Vorlage: FB 61/0094/WP18
- 9 **Kommunaler Klimaschutz Förderprojekt #AachenMooVe!**
hier: Errichtung gesicherter Fahrradabstellanlagen - Konzept und erste Standorte
(Beschluss)
Vorlage: FB 61/0053/WP18
- 10 **Bewohnerparken "M" (Habsburgerallee);**
hier: Einrichtung der Zone "M"
Vorlage: FB 61/0067/WP18
- 11 **Angebotsverbesserungen im Linienverkehr für Juni 2021;**
Einrichtung eines Ringverkehrs der ASEAG an Samstag-Markttagen: Antrag der SPD-
Fraktion in der Bezirksvertretung Brand vom 15.08.2020
Vorlage: FB 61/0039/WP18
- 12 **Bericht über die Maßnahmen der zweiten anlassbezogenen Sitzung der**
Unfallkommission zu den Unfallhäufungsstellen für das Jahr 2019
(Bericht über die Sitzung vom 30.07.2020)
Vorlage: FB 61/0018/WP18
- 13 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 991 -Franzstraße/ Ehemalige Schule-**
hier: Aufstellungs- und Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0073/WP18

13.1 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 991 -Franzstraße/ Ehemalige Schule-
hier: Korrektur der Anlagen 3 und 4 zum Aufstellungs- und Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0119/WP18-1**

14 **Franzstraße Neubau KiTa und Turnhalle - Sachstand sowie Grundsatzbeschluss zur
Vorzugsvariante und Prozessdesign
Vorlage: E 26/0022/WP18**

15 **Mitteilungen**

Nichtöffentlicher Teil

1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte
vom 03.02.2021 (nichtöffentlicher Teil):
Vorlage: BA 0/0014/WP18**

2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte
vom 03.03.2021 (nichtöffentlicher Teil)
Vorlage: BA 0/0016/WP18**

3 **Bebauungsplan -Grauenhofer Weg/ Stettiner Straße- zwischen Grauenhofer Weg,
Stettiner Straße und Autobahn A44;
hier: Ergebnis der Ideenwerkstatt
Vorlage: FB 61/0089/WP18**

4 **Mitteilungen**

B 0/06/WP18

Ausdruck vom: 28.04.2021

Seite: 5/27

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Bezirksbürgermeister Ferrari begrüßt die Anwesenden und fragt, ob es Anmerkungen zur Tagesordnung gibt.

Herr Dr. Otten beantragt, TOP ö 6 „Zwölf neue Baumstandorte in der Augusta-, Alfons- und Luisenstraße“ von der Tagesordnung zu nehmen, da die ergänzende Stellungnahme zu den Fragen aus der letzten Sitzung nicht vorliege. Hier bestehe Beratungsbedarf. Man wolle die Antworten erst diskutieren, wenn sie denn vorlägen.

Des Weiteren beantragt er, TOP ö 8 „Voruntersuchung zur Ertüchtigung des Grabenrings zum Radverteilerling“ von der Tagesordnung zu nehmen. Die Vorlage sei sehr umfangreich und man habe sie erst sehr spät erhalten. Er bittet, auch diesem Beratungsbedarf stattzugeben.

Herr Lindemann, Herr Deloie und Frau Penalosa stimmen Herrn Dr. Otten zu.

Herr Ferrari weist darauf hin, dass zu TOP ö 6 Frau Buchkremer anwesend sei und richtet an Sie die Frage, ob der Wunsch den TOP von der Tagesordnung zu nehmen, ein Problem für die Verwaltung sei.

„Nein“ antwortet sie, aber sie könne alle Fragen beantworten.

Herr Ferrari fragt die Bezirksvertreter, ob es zum Antrag von Herrn Dr. Otten einen Widerspruch gibt. Dies ist nicht der Fall; damit ist TOP ö 6 von der Tagesordnung abgesetzt.

In gleicher Form verfährt Herr Ferrari mit TOP ö 8. Der zu diesem TOP anwesende Herr Weiser antwortet ebenfalls mit „nein“, die Bezirksvertreter erheben keinen Widerspruch und Herr Ferrari setzt TOP ö 8 von der Tagesordnung ab.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vom 03.02.2021 (öffentlicher Teil)

Vorlage: BA 0/0013/WP18

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 03.02.2021 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, keine Enthaltung

zu 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vom 03.03.2021 (öffentlicher Teil)

Vorlage: BA 0/0015/WP18

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 03.03.2021 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, keine Enthaltung:

zu 4 Fragestunde für Einwohner*innen

Herr Ferrari informiert, es sei eine schriftliche Frage von Frau N. zum „Straßenbegleitgrün der Schönraathstraße, Abschnitt Altstraße – Triere Straße“ eingegangen. Da Frau N. nicht anwesend sei, werde ihre Frage schriftlich beantwortet.

Herr B. aus Aachen trägt folgenden Sachverhalt vor:

Auf dem Feldmannplatz stehen zwei Bänke, bei denen sich regelmäßig riesige Müllberge befinden. An anderen neuralgischen Punkten sind jetzt 120-Liter Tonnen aufgestellt worden. Er bittet, solche Tonnen auch auf dem Feldmannplatz aufzustellen.

B 0/06/WP18

Ausdruck vom: 28.04.2021

Seite: 7/27

Herr Ferrari nimmt dies als Anregung auf und sagt Herrn B. eine schriftliche Antwort zu.

Herr B. von der BI Lütticher Straße:

Er stellt seitens der BI fest, dass die Planung von 2013 noch 241 Parkplätze vorgesehen hat und jetzt mit der Variante 5 noch 150 plus verblieben sind. Er bittet, die Variante 5 bei der weiteren Planung als Kompromissleistung auch zu beherzigen.

Herr H. von der BI Lütticher. Straße:

Ihm ist wichtig zu bekunden, dass sie dankbar sind für den konstruktiven Dialog und hoffen, auch weiterhin in die Planung mit einbezogen zu werden.

Es gibt keine weiteren Fragen. Herr Ferrari schließt die Einwohner*innen-Fragestunde.

**zu 5 Altstadtquartier Büchel – Entscheidung über das der weiteren Erarbeitung der
Rahmenplanung zugrundeliegende städtebauliche Konzept und das weitere Vorgehen
Vorlage: Dez III/0003/WP18**

Als Tischvorlage liegt ein Auszug aus der Niederschrift der Sitzung der Kommission Barrierefreies Bauen in der Stadt Aachen vom 12.04.2021 vor.

Herr Ferrari begrüßt zu diesem TOP Herrn Jansen vom Dezernat III und den Geschäftsführer der SEGA, Herrn Vogt.

Anhand einer Präsentation, die in ALLRIS als Anlage 1 einsehbar ist, gibt Herr Jansen als Projektleiter zunächst einen Überblick, was in puncto Altstadtquartier Büchel seit 2020 geschehen ist. Er umreißt die drei parallel laufenden Entwürfe „Wohnen“, „Wissen“ und „Wiese“ und beendet seinen Vortrag mit dem Hinweis, dass die Bezirksvertretung Aachen-Mitte selbstverständlich eingebunden wird in den weiteren Prozess.

Sodann erteilt Herr Ferrari Herrn Vogt das Wort.

Seit dem 01.10.2020 leitet der Vortragende als Geschäftsführer die Geschicke der städtischen Entwicklungsgesellschaft Aachen - kurz SEGA. Zum Team gehören der ebenfalls anwesende Prokurist Christoph Guth sowie Antja Eickhoff (Projektkoordinatorin Öffentlichkeitsarbeit) und Doris Müller (Assistenz). Frau Knob, eine studentische Hilfskraft, ist dem Team in digitalen Fragen behilflich. Ab Oktober wird das Team von einer weiteren Kollegin unterstützt.

Herr Vogt hat die Geschäftsführung von Frauke Burgdorff, Stadtbaurätin, Dezernat für Stadtentwicklung, Bau und Mobilität Stadt Aachen, übernommen, die das Vorhaben auch weiter begleiten wird.

Sodann stellt Herr Vogt anhand einer Präsentation, die in ALLRIS als Anlage 2 einsehbar ist, die wesentlichen Aspekte zum nun anstehenden Rückbau des Parkhauses Büchel sowie den Terminplan kurz vor.

Herr Ferrari dankt beiden Herren für ihre Vorträge.

Herr Hasse bezeichnet das Konzept „Wiese“ als gut und spannend. Ihn interessiert, wie die aufgefüllte Fläche zwischenzeitlich genutzt werden kann.

Erfreut über das Interesse berichtet Herr Vogt, dass für die Fläche u.a. folgende Dinge vorgesehen sind: die Herstellung von wassergebundenen Wegeflächen, ein Bereich mit einer Wildblumenwiese, eine Bühnenfläche, die Aktivitäten ermöglicht, Strom- und Wasseranschlüsse, Toilette sowie Außengastronomie für benachbarte Gastwirte. Man schaffe die Möglichkeit für die Nutzung, das Angebot müssen dann beispielsweise private Gruppen oder die VHS realisieren.

Herrn Ferrari und Herrn Dr. Otten gefällt das Konzept „Wiese“. Beide sind erfreut über die diversen Möglichkeiten der Zwischennutzung.

Herrn Moselage merkt an, dass alle drei Konzepte gute Ideen haben. Daher solle man in die weitere Entwicklung des Projektes „Wiese“ das Gute aller Entwürfe einfließen lassen.

Da sich niemand gegen das Konzept „Wiese“ ausspricht, ergänzt Herr Ferrari Punkt 3 des Beschlussvorschlages dahingehend und lässt über diesen unter Streichung des letzten Satzes von Punkt 3 abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte empfiehlt dem Planungsausschuss,

1. Die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen. Sie nimmt dabei insbesondere zur Kenntnis, dass sich die Bezeichnungen Wohnen, Wissen und Wiese primär auf das städtebauliche Konzept (und nicht auf den der Aufgabenstellung zugrundeliegenden Programmschwerpunkt) beziehen. Das Nutzungsprogramm wird im Zuge der weiteren Beschlüsse zur Rahmenplanung konkretisiert.
2. die in der Anlage 1 (Erläuterungen) unter Punkt 5.1 beschriebenen, für alle städtebaulichen Konzepte gleichermaßen geltenden inhaltlichen Eckpunkte für die Erarbeitung der Rahmenplanung („städtebauliche Qualitäten“) zu beschließen.
3. zu beschließen, das städtebauliche Konzept „Wiese“ der weiteren Rahmenplanung zugrunde zu legen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, keine Enthaltung

zu 6 Zwölf neue Baumstandorte in der Augusta-, Alfons- und Luisenstraße

Vorlage: FB 36/0026/WP18

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

zu 7 B 264 Lütticher Straße - 2. Bauabschnitt zwischen Limburger Straße und Amsterdamer Ring;

hier: Bericht über die Ergebnisse des Bürger*innendialogs

Vorlage: FB 61/0086/WP18

Als Tischvorlage liegt ein Auszug aus der Niederschrift der Sitzung der Kommission Barrierefreies Bauen in der Stadt Aachen vom 12.04.2021 vor.

Herr Ferrari begrüßt zu diesem TOP Herrn Dr. Langweg, der eine Präsentation vorbereitet hat. Im Gremium besteht Einvernehmen, diese anschauen zu wollen.

Seiner Präsentation stellt Herr Dr. Langweg einige Anmerkungen voran:

Hinsichtlich der Gestaltung von Straßen wird grundsätzlich eine Einzelfallbetrachtung durchgeführt. Dabei ist der Radverkehr ein zentraler, aber nicht der einzige Belang.

Bei der Lütticher Straße ist sichtbar geworden, dass Dialog eine echte Beteiligung an der Planung sein soll. Dies entspricht dem Antrag von Grünen und CDU in Bezirksvertretung und Rat. Dem ist die Verwaltung nachgekommen.

Dann dankt er Herrn Czempas für seinen Artikel über die vielfältigen Möglichkeiten der digitalen Beteiligung, die auch den öffentlichen Dialog voran gebracht haben. Nutzer*innen sind sowohl die jüngeren als auch die älteren Menschen. Zudem können auch weiterhin schriftliche Eingaben gemacht werden.

Ferner weist Herr Dr. Langweg darauf hin, dass Variante 5 „keinen Abstrich an der Sicherheit des Radverkehrs“ mache. Ein 2,00 m breiter Radweg sei ein Standardmaß. 2,30 m sei ein Komfortmaß als Ziel des Radentscheides, um jederzeit auch Lastenräder überholen zu können.

Unsicher Radfahrenden sei ein baulich getrennter Radweg besonders wichtig, wie er sowohl in Variante 2 als auch in Variante 5 berücksichtigt sei. Eine PBL hat aber auch Nachteile, weshalb die Verwaltung hiervon Abstand genommen hat.

Herr Dr. Langweg kommentiert die am Ende der Fragestunde verteilte Planskizze von Herrn B. zum Beidrichtungsradweg in der Lütticher Straße. Dieser ist flächensparsam und außerorts eine sinnvolle Maßnahme, innerorts ist sein Gefahrenpotential deutlich höher, weil Fahrzeuglenkende häufiger nicht mit von rechts kommenden Fahrrädern rechnen. Deshalb raten die Regelwerke davon ab.

Dann erläutert Herr Dr. Langweg anhand einer Präsentation, die in ALLRIS einsehbar ist, die verschiedenen Varianten der Vorlage hinsichtlich der Parkmöglichkeiten, der Bäume sowie der Rad- und Gehwege. Letztere bedürfen einer Begehungsbreite von 1,80 m, einem Abstand von 0,50 m zur Fahrbahn sowie einem Abstand von 0,20 m zur Hauswand, sofern er an solche grenzt.

Der einzige Mangel der Kompromiss-Variante 5 besteht in Bezug auf die Radwegbreite, wie sie der Radentscheid vorsieht: zur Breite von 2,30 m fehlen 0,30 m.

Aufgrund eigener Recherche bekräftigt Herr Lindemann die Ausführung von Herrn Dr. Langweg zu innerörtlichen Beidrichtungsradwegen. Auch aus seiner Sicht ist mit der neuen Variante 5 eine Verbesserung erzielt worden. Aber es bestehe weiterer Beratungs- und Klärungsbedarf. Daher trägt er folgende Fragen und Anmerkungen vor:

Welche Bäume sind nicht mehr vital und wo stehen diese?

Hierzu hätte er gerne einen Bestandsplan, in dem die Standorte der vitalen und der abgängigen Bäume kenntlich gemacht sind. Treten letztere nur punktuell oder über eine längere Strecke auf?

Wo genau befinden sich Ausfahrten?

Wo genau befinden sich Engstellen? Sind diese räumlich begrenzt? Dann müsse man schauen, wie man damit umgehe. Kann man den Radweg hier leicht verschwenken? Bieten Wurzelbrücken eine Lösung?

Er bittet, diese Punkte noch zu prüfen. Für ihn stellt Variante 5 eine gute Diskussionsgrundlage dar. Das Ergebnis des Dialogs nimmt er gerne zur Kenntnis. Für eine Variante entscheiden und einen Beschluss machen, möchte er aber erst, wenn der Lageplan vorliegt und die Fragen geklärt sind.

Herr Ferrari weist darauf hin, dass es in der heutigen Beratung nur um die Grundlage für einen Planungsbeschluss gehe.

Zunächst bedankt sich Frau Penalosa für die gute Vorlage. Lobend spricht sie die wunderbare Beteiligung der Anwohner*innen an. Sie freut sich, dass die Anregung von Herrn Radke, eine dritte Baumreihe vorzusehen, in die Variante 5, die sie als gute Alternative bezeichnet, integriert ist. Dennoch hätte sie gerne eine Gegenüberstellung der unter Bürger*innenbeteiligung entstandenen V 5 und der ursprünglich von den Grünen favorisierten V 2, um die Unterschiede zwischen den Varianten genau erkennen zu können.

In Bezug auf die Baumbilanz würde sie - wenn möglich - die Anzahl der Bäume gerne von den bisherigen 86 auf 100 erhöhen.

Wie hoch ist der tatsächliche Parkplatzbedarf der Anwohner*innen? Wurde er gezählt?

Kann man das Anwohnerparken vorziehen, um kurzfristig eine Entzerrung zu schaffen?

Kann auf dem Radweg eine versickerungsfähige Verkehrsflächenbefestigung aufgebracht werden, um eine komplette Versiegelung zu vermeiden?

Kann die Stadt die Tankstelle erwerben? Dann wäre Platz für sozialen Wohnungsbau und eine Quartiersgarage.

Für den fruchtbaren Dialog zwischen Bürger*innen und Verwaltung findet Herr Deloie lobende Worte. Die Beteiligung der Bürger*innen ermögliche, deren Kompetenz in die Planung einzubeziehen. Der Dialog verzögere nicht die Maßnahme, sondern er schaffe und erhöhe die Akzeptanz für den Mobilitätswandel. Man komme nur voran, wenn man die Bürger*innen mitnehme. „Konstruktiv, alle gemeinsam“ müsse nach Lösungen gesucht werden. Er resümiert: „Wir sind auf einem guten Weg“.

Auch in der SPD-Fraktion sind noch viele Fragen offen. Es gab dort den Vorschlag, den gesamten Baumbestand zu entfernen und diesen durch Großbaumpflanzungen zu ersetzen. Dies würde neue Möglichkeiten der Aufteilung eröffnen, die eine Radentscheid-konforme Planung mit dem Erhalt von Parkraum kombinieren könne. Da die Maßnahme in keiner Förderung stehe, bestehe kein Zeitdruck, so dass man alle Möglichkeiten ausloten könne, um die bestmögliche Lösung für alle Verkehrsteilnehmer zu erreichen. Aufgrund des noch bestehenden Diskussionsbedarfs möchte Herr Deloie den Beschluss heute offener halten als dies im Beschlussvorschlag vorgesehen ist.

Herr Moselage weist darauf hin, dass eine Überplanung mit großen neuen Bäumen und neuen Parkplätzen vielleicht wünschenswert sei, aber manchmal müsse man auch ein bisschen auf die Kosten achten.

In Bezug auf den Bürger*innendialog äußert Herr Moselage, er finde es gut, dass die Verwaltung durch die Diskussion hierüber in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung daran erinnert wurde, die Interessen der Bürger*innen in der Planung zu berücksichtigen und nicht mit einem „voreiligen Gehorsam“ einem Radentscheid blind gefolgt sei.

Die Frage, wie man die Bürger*innen beteiligt, ob digital oder in anderer Form, sei ebenfalls angesprochen worden. Hier, meint Herr Moselage, bestand bei der Verwaltung die Tendenz, dies digital zu machen. Und wer nicht mitmachen kann, der hat Pech gehabt. Da aber viele ältere Menschen niemanden haben, der sie digital unterstützt, befürwortet er, die Bürger*innenbeteiligung auch in Corona-Zeiten weiterhin traditionell anzubieten, in Papierform und durch Bürgerversammlungen - auch wenn man eben etwas länger warten müsse.

Dann erwähnt er, derzeit gebe es die Möglichkeit, sich digital zu äußern zum Theaterplatz. Rufe man die Seite auf, die in der Bürgerinformation angegeben sei, finde man sich auf einer englischsprachigen Seite wieder. Wieso wird vorausgesetzt, dass alle englisch können? Hier folge man blind dem Modernismus und vermittele damit den älteren Bürger*innen, sie bräuchten nicht mehr mitzumachen, sie seien sowieso nicht gefragt.

Seine abschließende Anmerkung gilt den Bäumen: „Die Bäume, die angeblich nicht vital sind, stehen jetzt schon eine ganze Zeit lang, nachdem festgestellt wurde, dass sie eigentlich abgängig sind.“ Da Totgesagte bekanntlich länger leben, rät er abzuwarten, wie sich die Bäume entwickeln werden.

Herr Dr. Otten ist erfreut, dass die Verwaltung in Variante 5 den Radentscheid nicht einer Ideologie folgend umgesetzt hat, egal ob sinnvoll oder nicht. Dies sei eine Linie, der er sich anschließen könne. Letztes Mal habe man gefragt, wie man die Bürger*innen beteiligen könne. Denn eine Bürgerinitiative hatte sich gegründet, weil die Mitglieder gemerkt hatten, dass da etwas passierte, was für sie nicht ganz

das Richtige war. Nun läuft die Maßnahme schon seit 2013. Da sie in keiner Förderung stehe, sei man nicht an Fristen gebunden. Deshalb habe man jetzt Zeit, um die Lösung zu schaffen, die möglichst vielen Interessen gerecht werde.

In der Sache folgt er Frau Penalosas Anregung, die Verwaltung möge ermitteln, wie hoch der Parkplatzbedarf ist. Wie viele Garagen gibt es? Wie viele Garagen werden als Unterstellorte, nicht aber zum Parken genutzt? Erst dann erhalte man eine Parkplatzbilanz.

Ferner erinnert Herr Dr. Otten an den Baukörper mit 63 Wohneinheiten, der gerade an der Ecke Habsburgerallee/Lütticher Straße entsteht. Das Anwohnerparken stellt hier einen wegbegleitenden Faktor dar.

Schlussendlich plädiert Herr Dr. Otten wie seine Vorredner dafür, heute keine abschließende Empfehlung auszusprechen, sondern die Verwaltung zu bitten, den Dialog mit der Bürgerinitiative und den Anwohner*innen weiterzuführen, die aufgeworfenen Fragen abzuarbeiten, das Ergebnis der Bezirksvertretung noch mal vorzustellen und dann damit in den Mobilitätsausschuss zu gehen.

Herr Ferrari stellt fest, er habe nun ein Problem hinsichtlich des Beschlussvorschlags. Hierin gehe es um das Ergebnis des Bürger*innendialogs. Und diesem Ergebnis entspreche die Variante 5. Diese Variante 5 habe aber jetzt nicht eindeutig Zustimmung, sondern von allen Seiten viele Fragen erhalten. Daher bittet er Herrn Dr. Langweg um Auskunft, welchen konkreten Auftrag die Verwaltung benötige, damit sie vernünftig weiter arbeiten könne.

Herr Dr. Langweg resümiert, dass es keine großen Widersprüche zu Variante 5 gegeben habe. Deshalb schlägt er vor, diese Variante als Grundlage zu nehmen, um all das auszuarbeiten, was die Bezirksvertreter ihm anhand ihrer Fragen mitgegeben haben.

Herr Deloie bestätigt, auch er habe keinen Widerspruch vernommen. Aber gerade bei der Fraktion der Grünen bestehe der Wunsch, Variante 2 ebenfalls weiter zu verfolgen.

„Ja, zum Vergleichen“, bestätigt Herr Ferrari.

Herr Dr. Langweg bietet an, den Lageplan auf Grundlage der Varianten 5 und 2 auszuarbeiten.

Es folgt bezüglich einer komplett neuen Planung noch ein kurzer Austausch zwischen Herrn Ferrari, Herrn Deloie und Herrn Dr. Langweg. Herr Deloie schlägt letztendlich vor, bis auf Variante 5 und Variante 2 alle anderen Varianten zu verwerfen.

B 0/06/WP18

Ausdruck vom: 28.04.2021

Seite: 14/27

Herr Moselage weist darauf hin, dass die PBL zu den Akten gelegt sein sollte; diese sei aber in Variante 2 enthalten.

Dies bestätigt Herr Dr. Langweg und erläutert, dass die Variante 2 anstelle einer PBL mit einem Radweg baulich auf Gehwegniveau ausgearbeitet werde.

Herrn Ferraris Frage, ob man sich auf die Varianten 5 und 2 als Grundlage, auf der die Verwaltung die Lagepläne erarbeiten soll, einigen könne, wird einvernehmlich bestätigt.

Herr Lindemann ist wichtig, dass im Beschluss festgehalten wird, dass die offenen Fragen geklärt und die Ergebnisse in die nächste Vorlage integriert werden sollen.

Herr Dr. Langweg versichert, wenn die Verwaltung den Lageplan vorlegt, werden die offenen Fragen in der neuen Vorlage beantwortet, also nicht jetzt für den Mobilitätsausschuss, sondern für die nächste Beratungsrunde, die in der Bezirksvertretung starten werde.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Sie empfiehlt dem Mobilitätsausschuss, die Verwaltung mit der Erstellung einer zusätzlichen Planungsvariante im Lageplan auf Grundlage der Querschnitte zu Variante „5“ und Variante „2“ zu beauftragen, um inklusive dieser Grundlage den Planungsbeschluss einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, keine Enthaltung

Die in der Diskussion angesprochenen Fragen sollen noch geklärt werden.

zu 8 Voruntersuchung zur Ertüchtigung des Grabenrings zum Radverteilerling
hier: Ratsantrag der Fraktionen Grüne, SPD, Die Linke und Die Zukunft vom 09.12.2020
Vorlage: FB 61/0094/WP18

Als Tischvorlage liegt ein Auszug aus der Niederschrift der Sitzung der Kommission Barrierefreies Bauen in der Stadt Aachen vom 12.04.2021 vor.

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

zu 9 Kommunalen Klimaschutz Förderprojekt #AachenMooVe!
hier: Errichtung gesicherter Fahrradabstellanlagen - Konzept und erste Standorte
(Beschluss)
Vorlage: FB 61/0053/WP18

Als Tischvorlage liegt ein Auszug aus der Niederschrift der Sitzung der Kommission Barrierefreies Bauen in der Stadt Aachen vom 12.04.2021 vor.

Herrn Dr. Otten interessiert, wer bei diesen Anlagen die Verkehrssicherung übernimmt.

Dies sei noch offen, stellt Herr Dr. Langweg fest. Die APAG habe Interesse signalisiert. Wenn ihre Gremien zustimmen, sei das Projekt auf den Weg gebracht. Im Moment fänden intensive Gespräche statt.

Die Boxen seien nicht gerade schön, merkt Herr Moselage an. Sofern man sie aufstelle, möchte er wissen, ob ihre Nutzung kostenlos oder gegen eine Gebühr erfolgen soll.

Während des Förderzeitraums, der im September 2022 vorbei sei, so Herr Dr. Langweg, dürfe keine Gebühr erhoben werden. Danach sollen auf jeden Fall die Betriebskosten durch die Nutzer*innen dieser Anlagen getragen werden. Man denke an Tages- und Monatstickets und einen Jahrestarif. Aber dies sei mit dem zukünftigen Betreiber, was nicht die Stadt sein wolle, zu klären.

Herr Ferrari ergänzt, wenn die APAG das übernehme, solle es für die Nutzer*innen bei einem einheitlichen Gebühren- und Finanzierungssystem bleiben.

Wenn dies so angedacht sei, führt Herr Moselage aus, wäre es sinnvoll, die Fahrrad-Abstellboxen mit den Parkhäusern zu kombinieren, ein Park & Ride-System zu installieren, dass die Nutzer*innen mit dem Auto in ein - eventuell etwas mehr an der Peripherie gelegenes - Parkhaus pendeln können und dort dann ihr Fahrrad in einer Box vorfinden, um weiter zu fahren.

Herr Dr. Langweg stimmt dem zu. Dann entwickle sich die APAG von ihrem Schwerpunkt Autoparken hin zu einem Partner für Mobility-Hubs. Dies seien Umsteigepunkte, an denen man u.a. ein Rad leihen oder aber sein Rad aus der Box nehmen könne für die letzte Meile. Genau diese Überlegungen fänden derzeit statt. Es gehe um eine öffentliche Infrastruktur, wo man sowohl spontan als auch dauerhaft Plätze buchen und nutzen könne mit einem digitalen Zugang.

Herr Ferrari bestätigt, alle diese Fragen seien berechtigt. Eine Entscheidung brächte der Aufsichtsrat.

Herr Deloie fragt, ob es eine mögliche Vernetzung mit der ASEAG-App movA geben werde. Werde es an der Schanz ein Bike & Ride-Angebot geben, so dass man sein teures Rad dort sicher abstellen und dann mit einem anderen öffentlichen Transportmittel weiter fahren könne?

„Ja“, sagt Herr Ferrari. Auch das werde bedacht. Die ASEAG sei als Muttergesellschaft der APAG ohnehin eingebunden.

Frau Conradt spricht das Thema „Fahrradparken im Johannistal“ an und fragt, ob Herr Dr. Langweg hierzu etwas sagen könne.

Ferner möchte sie wissen, für wen die Anlagen an der Schanz oder in Rothe Erde gedacht sind mit ihren 40 Plätzen. Denn gerade an den Bahnhöfen werde der Bedarf größer sein.

In puncto Johannistal habe es schon viele Gespräche, aber auch Fragezeichen gegeben. Wie, fragt Herr Dr. Langweg, könne man auf eine Privatfläche etwas hinstellen, was öffentlich finanziert sei, dann aber nur von den Mieter*innen genutzt werden solle? Oder andersherum: Ein Parkhaus im Straßenraum, dass nur von bestimmten Mieter*innen genutzt werden soll. Dies gehe eigentlich nicht. Teil des jetzigen Konzeptes sei es, diese Fragen rechtssicher zu klären.

An der Schanz seien Menschen, die dann mit dem Zug fahren, die Zielgruppe. Und gemäß Radentscheid gebe es bezüglich der Anzahl der zukünftig an Bahnhöfen bereitzustellenden Fahrradparkplätze deutlich weitergehende Zielvorstellungen.

In diesem Projekt gehe es darum, nach vielen Jahren überhaupt weiterzukommen. Mittlerweile gebe es städtebaulich anspruchsvolle Lösungen und die Digitalisierung ermögliche einen Betrieb der Anlagen ohne Schlüssel und Hausmeister. Nun könne man auch den von Herrn Moselage angedachten Weg gehen. Man wolle ferner herausfinden, wie die Zahlungsbereitschaft von Tages- und Dauernutzer*innen sei und welche Nutzergruppen es gebe, daher die ganz unterschiedlichen Standorte.

Für Frau Penalosa ist ein einheitliches Bezahlssystem wichtig. Dann dankt sie für die fantastische Vorlage und bekundet, sie freue sich, wenn das gelingen würde.

Herr Dr. Langweg verweist auf die Vorlage: Es soll ein einheitliches Bezahl- und Zugangssystem geben, das bei allen Fahrrad-Parkanlagen genutzt werden könne. Dies sei die Wunschidee, und zwar auch in den Parkhäusern der APAG.

Herr Ferrari ergänzt, die APAG möchte das schon gerne machen, mit einem einheitlichen System für die Stadt und die Städteregion.

Herr Gabriel spricht an, dass laut Vorlage PKW-Parkplätze zu Gunsten von Fahrrad-Abstellanlagen umstrukturiert werden sollen. Ob schon bekannt sei, fragt er, wieviele Parkplätze ungefähr wegfallen werden.

Herr Dr. Langweg erklärt, damit man eine Mobilitätswende schaffen könne, müsse man auch das Fahrradparken im öffentlichen Raum organisieren, nicht nur Fahrradbügel, sondern auch sichere Abstellmöglichkeiten für ein teures Elektrofahrrad. Und in diesem Projekt gehe es darum, für zehn Fahrräder einen geschützten Raum in einer Box auf der Straße zu schaffen. Damit zukünftig grundsätzlich in jeder Straße solche Anlagen möglich seien, könne man diese nicht nur auf Plätzen installieren, sondern müsse auch Senkrecht- oder Längsparkplätze umstrukturieren. Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte werde selbstverständlich im Rahmen der geltenden Zuständigkeitsordnung mitentscheiden, wo hier statt des Straßenrandparkens andere Infrastrukturen gemacht werden. Eine konkrete Anzahl gebe es nicht, es gebe nur diese Beispielprojekte.

Herr Dr. Otten merkt an, dass die Steigerungsrate bei der Anschaffung von Kfz mit Elektrovoll- oder -teilantrieb seit 2020 um 356% gestiegen sei. Damit gehe aber die Steigerungsrate der öffentlichen Ladesäulen nicht einher. In einer Besprechung mit dem Stromversorger habe er gelernt, dass die Ladesäulen nur da aufgestellt werden sollen, wo Längsparkplätze seien. Deshalb bitte er inständig, sich frühzeitig mit dem Stromversorger abzusprechen. Man dürfe nicht das eine machen und das andere lassen, sondern man müsse diese Möglichkeiten vereinen. So stünden in Rurberg die Elektroladesäulen für Auto und Pedelec direkt nebeneinander.

Herr Ferrari informiert, in den Parkhäusern der APAG werde es demnächst auch Ladesäulen geben.

Herr Dr. Otten kontert, da müsse er ja reinfahren und zahlen! Er mahnt den Mangel an öffentlichen Ladestationen an. Wenn man mit einem Elektrofahrzeug in Aachen fahre, dann müsse man es auch hier laden können. Wenn man über die Mobilitätswende spreche, dann sei das ein Problem, dem man sich zu stellen habe.

Dem stimmt Herr Ferrari zu.

Herr Gabriel regt an, für die Fahrradboxen erst mal Standorte in Betracht zu ziehen, für die keine Parkplätze geopfert werden müssen. Werden sie angenommen, kann man auch über andere Standorte reden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Sie empfiehlt dem Mobilitätsausschuss:

1. das vorgelegte Konzept zur Errichtung gesicherter Fahrradabstellanlagen an bis zu 14 Standorten in Aachen zu beschließen.
2. die Errichtung einer ersten öffentlich zugänglichen Anlage am Standort Bahnhof Aachen Schanz zu beschließen.

Zudem beschließt die Bezirksvertretung Aachen Mitte vorbehaltlich der Rechtskraft des Haushalts, die Errichtung einer ersten öffentlich zugänglichen Anlage am Standort Brabantstraße.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 1 Enthaltung

zu 10 Bewohnerparken "M" (Habsburgerallee);

hier: Einrichtung der Zone "M"

Vorlage: FB 61/0067/WP18

Frau Penalosa stimmt der Vorlage zu, äußert aber folgende Fragen:

In diesem Bereich ist noch Bordsteinparken vorhanden. Könnte man das entfernen?

Und warum wird - anders als z.B. in der Bewohnerparkzone BU2 - laut Vorlage in der einzurichtenden Zone „M“ auf eine Begrenzung der Höchstparkdauer verzichtet? Dies sei widersprüchlich.

Darauf angesprochen, wirft Herr Dr. Langweg seinerseits die Frage auf, ob eine Höchstparkdauer hier denn überhaupt notwendig ist.

Herr Deloie merkt an, ohne eine Höchstparkdauer könne man am Parkautomaten wiederholt nachlösen.

Herr Dr. Otten zitiert aus der Vorlage (Seite 106, 5.): „Auf eine Begrenzung der Höchstparkdauer wird zugunsten von Besucher*innen und Kunden*innen verzichtet.“ Da andernorts die Höchstparkdauer eingeführt sei, habe die Verwaltung sich hier offensichtlich Gedanken gemacht.

Herr Ferrari möchte diese Frage später klären lassen, da er davon ausgeht, dass dies nicht die Grundlage für die Entscheidung ist.

Herr Dr. Langweg sagt zu, Frau Penalosas Fragen bis zur Ratssitzung zu klären.

Herr Klopstein erwähnt, dass der Mobilitätsausschuss anscheinend schon beschlossen hat.

Herr Deloie weist darauf hin, dass die Einrichtung der Bewohnerparkzonen zum Anwohnerschutz erfolge. Wenn es dann anderen möglich sei, beliebig lange dort zu parken, werde dieses Konzept ausgehebelt. Bei zukünftigen Parkzonen müsse man darüber nachdenken und den Einzelfall abwägen.

Herr Lindemann erinnert daran, dass die Höchstparkdauer insbesondere dort eingerichtet worden sei, wo ein Parkhaus in der Nähe ist. Denn die Langzeitparker sollen ihr Fahrzeug dort abstellen. Am Straßenrand gibt es dann nur Kurzzeitparkmöglichkeiten. Ihm ist aber kein in der Zone „M“ gelegenes oder in deren Nähe befindliches Parkhaus bekannt.

Antwort der Verwaltung zur Höchstparkdauer:

„Die Beschränkung der Höchstparkdauer ist ein Instrumentarium welches zusätzlich zu der Beschränkung des Berechtigtenkreises eingeführt werden kann. Durch eine Höchstparkdauer wird ein höherer Umschlag der Parkplätze ermöglicht und das Parken für Besucher*innen über einen längeren Zeitraum unterbunden. Der Bedarf einer zusätzlichen Regulierung in der Zone "M" wird derzeit nicht gesehen, da durch die Einführung der Parkraumbewirtschaftung das Parken in der Zone "M" für Dauerparker teuer und damit unattraktiv wird. Zudem sind dort keine Einrichtungen, die einen erhöhtem Umschlag der Parkvorgänge benötigen. Man würde mit der Höchstparkdauer eher die Besucher*innen der Bewohner*innen einschränken, die bei Besuchen immer auf die Uhr schauen müssten. Man hat in den letzten Jahren bei der Einrichtung neuer Zonen gute Erfahrungen gemacht, keine Höchstparkdauer für Besucher*innen außerhalb des Alleenrings vorzusehen.

Sollte eine zusätzliche Regulierung in der Zone "M" notwendig sein, kann diese im Rahmen der Evaluation geprüft und beraten werden.“

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt - vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes 2021 - für die in ihrer Zuständigkeit liegenden Straßen:

1. Den im beigefügten Plan (Anlage 2) dargestellten Bereich als Bewohnerparkzone "M" mit Bewohnerparkausweis für Bewohner*innen einzurichten, die Zonenerweiterung „BU3“ der Zone „M“ zuzuführen und die Gebietsgrenzen entsprechend dem beigefügten Plan festzulegen.
2. Im Bewohnerparkbereich „M“ alle im öffentlichen Straßenraum vorhandenen Parkstände mit Parkscheinnutzungspflicht zu belegen, mit Ausnahme von Parkplätzen, die als Behindertenparkplätze oder zum Liefern und Laden ausgeschildert sind. Die Bewohner*innen mit Bewohnerparkausweis "M" werden von der vorgegebenen Parkgebühr befreit.
3. Die folgenden Straßen werden als Bewohnerparkzone "M" mit dem Zeichen 290 StVO und dem Zusatz "mit Parkschein frei" ausgeschildert:
 - Arndtstraße
 - Eynattener Straße (zw. Bahnlinie und Kamperstraße)
 - Goethestraße (zw. Hohenstaufenallee und Schillerstraße)
 - Habsburgerallee mit der Anliegerfahrbahn
 - Kamper Straße
 - Maria-Theresia-Allee (zw. Habsburgerallee und Im Brockenfeld)

- Schillerstraße
- Weißhausstraße (Anliegerfahrbahn)
- Wiesenstraße

Die Parkstände auf der

- Hohenstaufenallee (zw. Schillerstraße und Bahnlinie) und
- Mariabrunnstraße (zw. Bahnlinie und Hohenstaufenallee)

werden mit der Positivbeschilderung StVO Zeichen 314 mit Zusatz "Zone "M" mit Parkschein" gekennzeichnet.

4. Die Gebührenpflicht an Parkscheinautomaten wird auf die Zeit von montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 19.00 Uhr und samstags von 09.00 Uhr bis 14.00 Uhr festgesetzt.
5. Die Höhe der Parkgebühren richtet sich nach der Parkgebührenordnung in der jeweils geltenden Fassung. Auf eine Begrenzung der Höchstparkdauer wird zugunsten von Besucher*innen und Kunden*innen verzichtet.
6. Die Sonderparkberechtigung gilt von 00.00 Uhr bis 24.00 Uhr.
7. Die Einrichtung der Bewohnerparkzone "M" soll schnellstmöglich erfolgen.
8. Die Einführung wird durch einen Informationsflyer für Bürger*innen begleitet.
9. Die Verwaltung wird beauftragt, die personellen und organisatorischen Voraussetzungen zur Überwachung der ruhenden Verkehrs zu schaffen. Dazu erhält der Personal- und Verwaltungsausschuss eine gesonderte Vorlage.
10. Die Gebühr für die Erteilung eines Bewohnerparkausweises wird auf 30,00 € festgesetzt.
11. Dem Rat wird empfohlen, die Sonderparkberechtigung für:
 - a) Hauptwohnsitzler, die mit einem auf den Hauptwohnsitz in Aachen zugelassenem Kfz fahren (Kennzeichenmitnahme möglich)
 - b) Hauptwohnsitzler, die ein Firmenfahrzeug nutzen. Für Firmenfahrzeuge ist die dauerhafte dienstliche und private Nutzung lohnsteuerwirksam nachzuweisen
 - c) Hauptwohnsitzler, die an einer Hoch- oder Fachhochschule immatrikuliert sind und denen ein Kfz nicht nur vorübergehend von Familienangehörigen zur Verfügung gestellt wird
 - d) Hauptwohnsitzler, die eine Ausbildung machen, ein ÖV Azubi-Abo nachweisen und denen ein Kfz nicht nur vorübergehend von Familienangehörigen zur Verfügung gestellt wird
 - e) Hauptwohnsitzler, die ein CarSharing-Fahrzeug nutzen und die Mitgliedschaft zu der Organisation nachweisen zu beschließen.

f) Darüber hinaus erhalten Familienangehörige und nahestehende Personen, die eine nachweislich häuslich pflegebedürftige Person unterstützen, die ihren Hauptwohnsitz in einer Bewohnerparkzone hat eine Ausnahmegenehmigung. Diese bezieht sich auf den Wohnsitz der pflegebedürftigen Person.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, keine Enthaltung

**zu 11 Angebotsverbesserungen im Linienverkehr für Juni 2021;
Einrichtung eines Ringverkehrs der ASEAG an Samstag-Markttagen: Antrag der SPD-
Fraktion in der Bezirksvertretung Brand vom 15.08.2020
Vorlage: FB 61/0039/WP18**

Als Forster beantragt Herr Klopstein, den Namen der neuen Tangentiallinie von „Brand - Burtscheid“ in „Brand - Forst - Burtscheid“ zu erweitern. Dem folgt die Bezirksvertretung einvernehmlich.

Erfreut äußert sich Herr Lindemann über die neue Tangentiallinie. Seine Frage, ob das Ergebnis des Probetriebs dieser Linie der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vorgestellt wird, beantwortet Herr Dr. Langweg mit ja, so sei es vorgesehen.

Dann merkt Herr Dr. Langweg an, die ASEAG benötige hierfür aber noch einen Bus. Derzeit ginge sie von einem Start der einjährigen Probephase im Februar 2022 aus.

Daraufhin hinterfragt Herr Klopstein, ob es sinnvoll sei, im Beschluss dem Mobilitätsausschuss etwas zu empfehlen, nämlich den Beginn der Probephase „für Juni 2021“, wenn bereits jetzt bekannt sei, dass dies nicht umzusetzen sei.

Herr Ferrari schlägt vor, die Zeitangabe wegfallen zu lassen, um dem Mobilitätsausschuss hier mehr Spielraum einzuräumen. Dem folgen die Bezirksvertreter einvernehmlich. Unter Einbeziehung der Änderungen lässt Herr Bezirksbürgermeister Ferrari wie folgt abstimmen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte nimmt den Bericht der Verwaltung und der ASEAG zur Kenntnis und empfiehlt dem Mobilitätsausschuss, den in der Vorlage dargestellten Probebetrieb für die neue Tangentiallinie Brand - Forst - Burtscheid zu beschließen.

Das Ergebnis des Probebetriebs dieser neuen Tangentialverbindung wird der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, keine Enthaltung

**zu 12 Bericht über die Maßnahmen der zweiten anlassbezogenen Sitzung der
Unfallkommission zu den Unfallhäufungsstellen für das Jahr 2019
(Bericht über die Sitzung vom 30.07.2020)
Vorlage: FB 61/0018/WP18**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, keine Enthaltung

Nach der Abstimmung unterbricht Herr Ferrari die Sitzung kurz, um Frau Conradt den nachfolgenden Wortbeitrag zu ermöglichen:

Anlässlich eines Unfalls mit einem dreijährigen Kind in der Mechtildisstraße habe man einen gemeinsamen Antrag seitens der SPD- und der CDU-Fraktion gestellt und die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob und wie weit die Mechtildisstraße verkehrsberuhigt werden könne. Verschiedene Möglichkeiten wurden andiskutiert. Damals habe die Verwaltung das erhöhte Verkehrsaufkommen begründet mit der Vollsperrung der Eisenbahnbrücke in der Erzbergerallee. Weder Herr Deloie noch sie hätten nachvollziehen können, wieso sich hier dadurch der Verkehrsdruck erhöht und man da nichts tun könne. Herr Dr. Otten beantragte schlussendlich, den TOP zu vertagen. Frau Conradt bittet, den Antrag zeitnah aufzugreifen und zu prüfen, inwieweit der Durchgangsverkehr in der Mechtildisstraße nachhaltig reduziert werden kann.

**zu 13 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 991 -Franzstraße/ Ehemalige Schule-
hier: Aufstellungs- und Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0073/WP18**

**zu Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 991 -Franzstraße/ Ehemalige Schule-
13.1 hier: Korrektur der Anlagen 3 und 4 zum Aufstellungs- und Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0119/WP18-1**

Hierzu liegt dem Gremium folgende Tischvorlage vor:

ergänzende Tisch-Vorlage „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 991 –
Franzstraße/Ehemalige Schule –
hier: Korrektur der Anlagen 3 und 4 zum Aufstellungs- und Offenlagebeschluss“

Zu diesem TOP begrüßt Herr Ferrari Frau Strehle und weist auf die ergänzende Tisch-Vorlage mit der Korrektur der Anlagen 3 und 4 zum Aufstellungs- und Offenlagebeschluss hin.

Herr Klopstein bezieht sich auf Seite 8 der Vorlage, wonach 30% des Wohnraums öffentlich gefördert wird. Nach heute geltendem Beschluss sollen es aber 40% sein. Daher wäre er dafür, dem Planungsausschuss die höhere Quote zu empfehlen. Die Frage sei, in wie weit man den Prozentsatz noch ändern könne.

Frau Strehle verweist auf die getroffene vertragliche Bindung, aber sicherlich könne man es noch mit in die Verhandlung nehmen.

Herr Moselage bestätigt die Antwort von Frau Strehle. Er ergänzt, die Veräußerung des Grundstückes sei damals im Liegenschaftsausschuss verhandelt worden. Da habe man die Konditionen ausgeschrieben. Verschiedene Investoren hätten sich beworben. Und da könne man jetzt nicht im Nachhinein die Bedingungen einseitig ändern. Selbstverständlich könne man darüber verhandeln.

Sodann lässt Herr Ferrari über den Beschlussvorschlag der ergänzenden Tisch-Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Sie empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Bürger sowie der Behörden, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen.

Darüber hinaus empfiehlt sie dem Planungsausschuss, gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung und gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 991 – Franzstraße / Ehemalige Schule - in der mit der ergänzenden Tischvorlage FB 61/0073/WP18-1 vorgelegten Fassung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, keine Enthaltung

**zu 14 Franzstraße Neubau KiTa und Turnhalle - Sachstand sowie Grundsatzbeschluss zur
Vorzugsvariante und Prozessdesign
Vorlage: E 26/0022/WP18**

Frau Penalosa beantragt, dem Beschlussvorschlag des Sportausschusses zu folgen.

Dem folgt das Gremium einvernehmlich.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Sie empfiehlt dem Hauptausschuss, die Verwaltung mit der Weiterverfolgung der „Variante 1“ (Neubau zweier 1-Feld-Turnhallen und Neubau einer bis zu 8-gruppigen KiTa) bis zur Leistungsphase 3 als Grundlage für einen nachfolgenden Baubeschluss nach Vorlage der Entwurfsplanung mit Kostenberechnung zu beauftragen. Zur Erstellung der Entwurfsplanung wird ein geeignetes konkurrierendes Qualifizierungsverfahren durchgeführt. Der Ratsantrag Nr. 611/17 gilt damit als behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, keine Enthaltung:

zu 15 Mitteilungen

Folgende Mitteilung liegt dem Gremium schriftlich vor:

Aufstellung der Skulptur „Öcher Schängche“, Entscheidung zum Aufstellort;
Interfraktioneller Antrag vom 17.03.2021

Bezugnehmend auf die vorliegende Mitteilung erklärt Herr Ferrari, die Wiederaufnahme des Antrags sei korrekt. Der Antrag werde zum nächstmöglichen Zeitpunkt auf die Tagesordnung kommen. Zuvor müsse der Haushalt aber genehmigt sein. Der Verein sei informiert.

Ein herzliches Wort des Dankes richtet Frau Penalosa an alle, die bei dem oben bezeichneten interfraktionellen Antrag sofort mitgemacht haben.

Herr Moselage hätte sich auch gerne beteiligt, wenn er denn gefragt worden wäre.

Frau Penalosa erklärt, ihre E-Mail an alle, also auch an ihn geschickt zu haben; Herr Moselage, dass er diese aber nicht erhalten habe.

Herr Bezirksbürgermeister Ferrari schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:00 Uhr.